

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 02.06.2018

Interview: Martin Dolzer

03.06.2018

«EU degradiert Länder Osteuropas zu Neokolonien»

Gespräch mit Alexej Nikolajewitsch Bytschkow. Annäherung an Russland oder Bindung an Brüssel? Moldawien und Transnistrien am Scheideweg



Ungelöster Konflikt: Ein Memorandum zur Wiedervereinigung Transnistriens mit Moldawien wurde durch westlichen Druck verhindert (Lenin-Statue vor dem Parlament in Tiraspol)

Foto: Thomas Körbel/dpa

Können sie die momentane Situation in Moldawien beschreiben und geschichtlich einordnen?

Wie in vielen weiteren Sowjetrepubliken haben auch in Moldawien nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Konflikte begonnen – hauptsächlich der zwischen der russisch- und der moldawischsprachigen Bevölkerung. Historisch ist es so, dass unter Stalin die Republik Bessarabien, die zuvor zum Königreich Rumänien gehört hatte, an Moldawien angegliedert wurde. Diesbezüglich wurde die Entscheidung getroffen, die Moldawische Autonome Sowjetrepublik (MASSR) mit Bessarabien zusammen in eine Sowjetrepublik zu transformieren.

Auf der linken (östlichen) Seite des Dnister-Flusses (dem heutigen Transnistrien) lebte hauptsächlich die russischsprachige, auf der rechten Seite die moldawischsprachige Bevölkerung. Eine weitere Bevölkerungsgruppe hatte Ukrainisch als Muttersprache. Zu Zeiten der Sowjetunion gab es keine gravierenden Konflikte. Die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen lebten respektvoll zusammen und gingen zum Beispiel russisch-moldawische, moldawisch-ukrainische oder russisch-ukrainische Mischehen ein. Nationalistische Separation war damals kein relevanter Faktor des gesellschaftlichen Lebens.

Der Großteil der Bevölkerung Moldawiens hatte die Eingliederung in die Sowjetunion als eine Befreiung von rumänischer Vorherrschaft empfunden. In den 1980er-Jahren haben – mit dem Machtantritt Gorbatschows – in mehreren Sowjetrepubliken Akteure angefangen, auf Grundlagen ethnischer und nationalistischer Ideologien Unruhe zu stiften. 1989 sind dann in Moldawien rechtsgerichtete, nationalistische Kräfte an die Macht gekommen, die wie in anderen Sowjetrepubliken für einen Austritt aus der Sowjetunion votierten.

Die »Frontul Popular din Moldova«, die 1989 an die Macht kam, vertrat ultranationalistische Positionen und wandte sich insbesondere gegen russischsprachige Bevölkerungsgruppen und Minderheiten.

Bereits 1989 wurde Russisch als Amtssprache abgeschafft und Moldawisch zur einzigen offiziellen Sprache erklärt. Zudem wurde beschlossen, Moldawisch künftig vom kyrillischen auf das lateinische Alphabet umzustellen. Moldawien erklärte 1990 seine Souveränität und die Regierung begann mit einer Rumänisierung des öffentlichen Lebens. Sämtliche Minderheiten wurden immer häufiger diskriminiert. Personen nicht-moldawischer Herkunft und Muttersprache wurden innerhalb weniger Monate aus fast allen größeren gesellschaftlichen Institutionen verdrängt. Das führte zu massiven Protesten besonders im Ostteil des Landes, wo Russisch die Sprache der Bevölkerungsmehrheit war. In Transnistrien und der Region bildeten sich Gruppen, die eine Wiedereinführung des

Russischen als Amtssprache und eine regionale Autonomie forderten. Die Regierung der Moldawischen SSR ließ diese Gruppen verbieten und überzog sie mit Repression.

Welche Folgen hatte diese Repression?

1990 wurde auf dem Territorium des heutigen Transnistriens ein Referendum durchgeführt. Die Bevölkerung wurde befragt, ob sie einen Austritt aus der Sowjetunion befürwortet. Die absolute Mehrheit, mehr als 90% der Menschen, stimmte für einen Verbleib. Daraufhin wurde die Moldawisch-Transnistrische Sowjetrepublik gegründet. Es wurden entsprechend formaler Vorgaben Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt und Igor Nikolajewitsch Smirnow zum Präsidenten gewählt. Als die Regierung in Moskau darüber informiert wurde, dass die Republik in der Sowjetunion verbleibt, äußerte sie sich zunächst nicht.

Wie lange verblieb Transnistrien in diesem Schwebezustand?

Ende Dezember 1991 fand ein Treffen der Präsidenten Russlands, Weissrusslands und der Ukraine – Boris Jelzin, Stanislaw Schuschkewitsch und Leonid Krawtschuk – statt, auf dem faktisch beschlossen wurde, dass Weissrussland und die Ukraine eigenständige Staaten werden sollen. Da seit 1990 für die Moldawisch-Transnistrische Republik keine Klärung herbeigeführt wurde, verblieb sie seitdem völkerrechtlich in einem unklaren Status. Auch auf dem Treffen wurde das Thema ausgeklammert. Im Jahr 1992 hat sich dann der damalige moldawische Präsident Mircea Ion Snegur mit Unterstützung der rumänischen Regierung dazu entschlossen, militärisch in das Territorium Transnistriens einzudringen.

War die Intervention Moldawiens in Transnistrien erfolgreich?

Der Angriff begann im Juni 1992. Die Truppen überfielen zuerst die Stadt Bendery, eine der wenigen transnistrischen Städte, die sich auf der rechten (westlichen) Seite des Dnister befinden. Zuerst wurde die Polizeistation eingenommen, dann wurden willkürlich Menschen auf den Straßen attackiert. Bendery ist eine alte, im osmanischen Reich gegründete Stadt und die zweitgrößte Transnistriens.

Die zweite Stadt, die attackiert wurde, heißt Dubasari. Sie liegt nördlich von Bendery, wo zu diesem Zeitpunkt die 14. Russische Armee unter General Lebed stationiert war. In Transnistrien leben auch Schwarzmeerkosaken, die gemeinsam mit weiteren Gruppen der Zivilbevölkerung als Reaktion auf diesen Angriff Widerstand organisierten. Ein Krieg brach aus. Von der Regierung aus Moskau kam der Befehl an die russische Armee, sich nicht in den Konflikt auf dem ehemaligen Territorium der Sowjetunion einzumischen. Als Bendery von den angreifenden Truppen fast komplett besetzt war, wurden Vorbereitungen

für einen Angriff auf die größte Stadt Transnistriens, Tiraspol, auf der östlichen Seite des Flusses getroffen. General Alexander Iwanowitsch Lebed handelte trotz des Befehls aus Moskau und stellte sich gegen diesen Vormarsch, weil ein Soldat seiner Kompanie bei den Angriffen verletzt worden war. Innerhalb von zwei Tagen hatte die 14. Russische Armee mit Unterstützung von Fallschirmjägerbataillonen die Angreifer vernichtend geschlagen. Auf diese Weise wurde der Angriff beendet und der Konflikt im Grunde bis heute eingefroren.

Wie hat sich die Situation nach Beendigung des militärischen Angriffs der moldawischen Truppen entwickelt?

Nach den Ereignissen von 1992 wurde Transnistrien zu einem funktionierenden Staatsgebilde mit sämtlichen dazugehörigen Institutionen entwickelt. Auch eine eigene Währung, der transnistrische Rubel wurde eingeführt. Präsident Igor Nikolajewitsch Smirnow und General Alexander I. Lebed waren in der Folgezeit die prägenden politische Figuren Transnistriens. Juristisch wurde Transnistrien gemäß internationalem Recht nicht als eigenständiger Staat anerkannt, sondern weiter als Teil Moldawiens betrachtet.

Die Bevölkerung Transnistriens besteht zu jeweils 30 Prozent aus Ukrainern, Moldawiern und Russen, die restlichen zehn Prozent sind kleinere Bevölkerungsgruppen, unter anderem Gagausen, eine turksprachige Bevölkerungsgruppe.

Deshalb wurden von der Regierung drei Amtssprachen eingeführt: Ukrainisch, Moldawisch und Russisch. Ähnlich wie in der Schweiz sind sämtliche Amtsblätter dreisprachig. Es gibt auch jeweils muttersprachliche Schulen, Hochschulen und Ausbildungsmöglichkeiten. Die Alltagssprache ist allerdings überwiegend russisch. Die kyrillisch geschriebene moldawische Sprache existiert interessanter Weise nur noch in Transnistrien. In Moldawien selber wird die Sprache jetzt Rumänisch genannt und in lateinischen Buchstaben geschrieben.

Wie entwickelte sich das Land im vergangenen Jahrzehnt?

2009 gab es in Moldawien eine Art »Farbenrevolution«. Von 2001 bis 2009 war Vladimir Voronin Präsident, ein Mitglied der Kommunistischen Partei. Dann kam eine aus drei Parteien bestehende »Allianz für die europäische Integration« an die Macht. Sie bestand aus der aus der Liberalen, der Liberal-demokratischen und der Demokratischen Partei.

EU-nahe Akteure und die Europäische Union selbst hatten vorausschauenderweise in drei trojanische Pferde investiert. Aus geostrategischen Abwägungen unternehmen sowohl die EU wie auch Russland jeweils sehr große Anstrengungen in Moldawien, obwohl dieses Land sehr klein ist. 2006 als Voronin noch moldawischer Präsident war, gab es Gespräche

mit Putin und der russischen Regierung. Geplant war die Umsetzung des sogenannten Kosak-Memorandums. Dmitri Kosak war damals der russische Verantwortliche für die Region. Die Idee war, dass Transnistrien in Moldawien eingegliedert wird und die Abgeordneten des transnistrischen Parlaments in das moldawische Parlament integriert werden. Bei einigen Fragen sollten letztere ein Vetorecht erhalten. Für Transnistrien war zudem eine Teilautonomie vorgesehen.

Als das Abkommen schon faktisch besiegelt war, wurde offenbar seitens der USA so starker Druck ausgeübt, dass Voronin von dem Memorandum Abstand nahm und es nicht umgesetzt werden konnte. Das Memorandum hätte Moldawien stärker in den russischen Einflussbereich gebracht. Eine Wiedervereinigung Moldawiens wäre allerdings von der Mehrheit der moldawischen Bevölkerung begrüßt worden.

Was bedeutete dieser schwankende Kurs für den damaligen Präsidenten?

Durch diesen Schritt verlor Voronin das Vertrauen der Bevölkerung und wurde schließlich 2009 abgewählt. Der Oligarch Vladimir Plahotniuc bekam als graue Eminenz im Hintergrund immer mehr politisches Gewicht in Moldawien. Nach dem Scheitern der Wiedervereinigung ist der Prozess der Überwindung der gravierenden Probleme des Landes ins Stocken geraten.

Mittlerweile gibt es eine neues Verhandlungsformat: Fünf plus Zwei. Die Ukraine, Moldawien, Transnistrien, OSCE und Russland sowie die EU und die USA. Brüssel und Washington nehmen offiziell als Beobachter teil, haben allerdings faktisch großen Einfluss auf die moldawischen und ukrainischen Verhandlungsführer. Selbst wenn diese wollten, könnten sie keine Lösung jenseits der Interessen der EU und der USA herbeiführen. Das wäre in etwa so, als wollte ein Mammut mit dem Jäger verhandeln, der es jagt. Dieses Format ist nicht produktiv.

2016 wurde der Sozialist Igor Dodon Präsident Moldawiens. Er erhielt trotz aller Versuche der Manipulation 52,18 Prozent der Stimmen. Dodon gilt als starker Vertreter der Anbindung an Russland und des Wiedereintritts Moldawiens in die Eurasische Zoll- und Wirtschaftsunion. Nach 2009 wurden allerdings einige Verfassungsänderungen durchgeführt, die die Macht des Präsidenten einschränken. So besteht ein Patt zwischen Präsident und Parlament.

Mittlerweile hat sich die »Allianz für die europäische Integration« diskreditiert, da sie in mehrere Korruptionsskandale verwickelt ist. Die drei Parteien bekämpfen sich zunehmend gegenseitig. Die Sozialistische Partei von Dodon genießt momentan ein großes Vertrauen

in der Bevölkerung, da sie einen Ausweg aus den negativen Entwicklungen der letzten Jahre aufzeigt.

Wie schätzen sie die Situation Transnistriens geostrategisch ein?

Momentan ist Transnistrien in einer sehr schweren Situation, da es sowohl von Moldawien als auch von der Ukraine, den beiden einzigen Nachbarstaaten, wirtschaftlich weitgehend boykottiert wird. Transnistrien wird von den Regierungen der beiden Staaten als zu russlandnah betrachtet. Zudem hat das Land keinen eigenen Zugang zum Schwarzen Meer. Um überlebensfähig zu sein, ist es darauf angewiesen, jeglichen Handel mit Moldawien zu »koordinieren«.

In der Sowjetischen Republik Moldawien war die gesamte Industrie auf dem heutigen Gebiet Transnistriens angesiedelt. Dort sind zwei hydroelektronische Kraftwerke, die auch heute noch Moldawien und einen Teil der Ukraine mit Energie versorgen. Sie wurden in der Sowjetunion mit genau diesem Ziel gebaut. Die Kraftwerke und ein Teil der großen Fabriken gehören russischen Unternehmen, darunter Betriebe in der Metallindustrie sowie ein Zementwerk und Textilindustrieunternehmen. Französische und italienische Unternehmen kaufen ihre Textilien dort und fertigen aus den weiterverarbeiteten Stoffen eigene Mode. Das Zementwerk war einer der größten Zulieferer für den Bau der Anlagen der Olympischen Spiele in Sotschi.

Welche Wirtschaftszweige existieren in Moldawien?

Moldawien gehört zu den ökonomisch schwächsten Staaten Europas. Ungefähr 40 Prozent der Werktätigen arbeiten in weiteren europäischen Ländern und in Russland, um überleben zu können. In Moldawien ist hauptsächlich der Agrarsektor ausgeprägt. Es wird Gemüse und Obst – zu überwiegendem Teil für den russischen Markt – produziert. Insbesondere die Weinindustrie ist hervorzuheben, Moldawien hat sehr fruchtbare Schwarzerde. Der Wein wird nicht nur nach Russland, sondern auch nach Frankreich und Italien exportiert, wo er dann zu eigenen »Sorten« weiterverarbeitet wird.

2013 hat Moldawien das Assoziierungsabkommen mit der EU abgeschlossen, das gravierende negative Folgen hatte. Der Handel mit Russland ist auf Grund der Auflagen des Abkommens stark eingebrochen. Die Existenzgrundlage vieler Menschen wurde zerstört, da der Handel und die Gastarbeit in der EU weit komplizierter geregelt sind als zuvor im Rahmen der Eurasischen Zollunion. Die Menschen können jetzt nicht mehr ohne Probleme in Russland arbeiten und die Möglichkeiten in den westlichen EU-Staaten sind für Osteuropäer nicht besonders gut.

Die EU hat ja oft durch Assoziierungsabkommen Länder destabilisiert. Das Beispiel Ukraine ist da nur eines unter vielen. Sind die Auswirkungen in Moldawien ähnlich katastrophal?

Nach dem Abschluss des Abkommens musste Moldawien in vielen Bereichen nach Brüsseler Vorgaben agieren. Das zog etliche Probleme nach sich. Vor 2013 wurden 80 Prozent des Handels Moldawiens mit Russland betrieben. Moldawien war Teil der »Eurasischen Zoll- und Wirtschaftsunion«. Die Vergünstigungen und das Solidarprinzip dieser Union konnten nun nicht mehr wirken – und der Handel brach insgesamt ein.

Moldawien musste seine Produktion zudem auf EU-Normen umstellen und an EU-Vorgaben orientieren. Die Möglichkeit, durch die Zollunion ohne Auflagen in Russland arbeiten zu können, wurde den Menschen genommen, landwirtschaftliche Nutzflächen wurden für kurzfristige Vorgaben missbraucht und nachhaltiger Schaden angerichtet. Viele landwirtschaftliche Betriebe sind mittlerweile zusammengebrochen und mussten schließen. Das hat in den Jahren 2014–2015 in eine Krise geführt. Es wurde nach 2013 hauptsächlich Raps in Monokulturen angebaut, da dieser zur Treibstoffherstellung in der Europäischen Union benötigt wird. Die Monokulturen haben die wertvolle und fruchtbare Erde stark geschädigt. Die Politik der EU führt immer wieder dazu, dass osteuropäische Länder faktisch zu Neokolonien degradiert werden.

Im Herbst sind in Moldawien Wahlen angesetzt. Was steht zu erwarten?

Etwa 30 Prozent der Bevölkerung in Transnistrien haben die moldawische Staatsbürgerschaft. Sie haben also das Recht, in Moldawien zu wählen. Schätzungsweise 95 Prozent von ihnen bevorzugen die Sozialistische Partei PRSM von Präsident Dodon. Diese Wählerstimmen könnten ausschlaggebend sein.

Der Oligarch Vladimir Plahatniuc hat aus seiner Sicht keine andere Wahl, als mit allen Mitteln gegen die Sozialistische Partei zu kämpfen und den Kurs der EU-Anbindung fortzusetzen. Gegen ihn wurde in Russland mittlerweile zudem ein Strafverfahren wegen Korruption eingeleitet. Dodon genießt große Unterstützung in der Bevölkerung, allerdings kontrolliert Plahatniuc die zentrale Wahlkommission. Wenn die Wahlen fair verlaufen würden, bestünde kein Zweifel daran, dass die Sozialistische Partei sie gewinnt. Da die Sozialistische Partei in den Kommunen sehr stark ist und dort die Wahlkommissionen stellen kann, erwarten wir sehr interessante Wahlen. Wenn Dodon die Wahlen gewinnt, könnte das eine Art politisches Stalingrad werden – und ein Signal für die Beendigung der neokolonialen Politik der EU in Osteuropa sein.